

ERINNERUNGSKULTUREN
DER SOZIALEN DEMOKRATIE

GEWERKSCHAFTEN UND NS- VERGANGENHEIT: ERINNERN, GEDENKEN UND AUFARBEITUNG

Arbeitspapier aus der Kommission „Erinnerungskulturen der sozialen Demokratie“

Kristina Meyer – August 2021



Kristina Meyer ist seit April 2020 wissenschaftliche Mitarbeiterin bei der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung in Berlin. Zuvor war sie viele Jahre wissenschaftliche Geschäftsführerin des „Jena Center Geschichte des 20. Jahrhunderts“ an der Universität Jena, wo sie 2013 mit einer Arbeit über „Die SPD und die NS-Vergangenheit 1945–1974“ promovierte. Für das bis 1990 erweiterte Buch wurde sie mit dem Willy-Brandt-Preis für Zeitgeschichte 2015 ausgezeichnet. Sie ist Co-Sprecherin des SPD-Geschichtsforums und gehört dem Beirat des Forschungsprojekts „Eine neue Geschichte der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung“ am Leibniz-Institut für jüdische Geschichte und Kultur „Simon Dubnow“ in Leipzig an

Zu dieser Publikation

Auf Initiative der Hans-Böckler-Stiftung untersucht die Kommission „Erinnerungskulturen der sozialen Demokratie“ von 2018 bis 2020, wie Gewerkschaften und andere Akteur_innen sozialer Demokratie ihre Geschichte erinnern und erinnern. Darüber hinaus wird erforscht, inwiefern die Organisationen, Institutionen und Errungenschaften der sozialen Demokratie in den Erinnerungskulturen Deutschlands berücksichtigt wurden und werden. Die Reihe Arbeitspapiere aus der Kommission „Erinnerungskulturen der sozialen Demokratie“ veröffentlicht Zwischenergebnisse aus der Arbeit der Kommission.

© 2021 Hans-Böckler-Stiftung
Georg-Glock-Straße 18, 40474 Düsseldorf
www.boeckler.de

Alle Rechte vorbehalten.

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt.

Inhalt

Einleitung	3
Konsensorientierte Selbstmarginalisierung	5
Kritische Selbsthistorisierung	9
Persistente Narrative	15
Fazit und Ausblick	21
Literatur	24

Gewerkschaften und NS-Vergangenheit: Erinnern, Gedenken und Aufarbeitung

Kristina Meyer

Einleitung

Am 7. Mai 2020 wollte der DGB im Ruhrfestspielhaus Recklinghausen unter dem Motto „Nie wieder! Erinnern für heute und morgen“ des Kriegsendes 1945 gedenken. Wie alle anderen Feierlichkeiten anlässlich des 75. Jahrestags der Kapitulation des NS-Regimes musste jedoch auch diese Veranstaltung wegen der Corona-Pandemie abgesagt werden. Abgesehen von einer Kranzniederlegung in der Gedenkstätte Sachsenhausen durch den DGB-Vorsitzenden Reiner Hoffmann kurz vor dem 8. Mai musste das Gedenken in den virtuellen Raum verlegt werden, was vor allem durch Pressemitteilungen und eine informationsgesättigte Internetseite geschah (DGB 2020a).

Präsentiert wurden darauf eine vom DGB gemeinsam mit der Friedrich-Ebert-Stiftung herausgegebene Publikation, welche die Schicksale zahlreicher ermordeter Gewerkschafter*innen in Kurzbiografien versammelt (DGB/AdsD 2020), sowie fünf Einzelporträts Verfolgter, die in Sachsenhausen inhaftiert und in einigen Fällen auch ermordet worden waren. Weitere, teils ältere Beiträge der Seite befassen sich mit der Zerschlagung der freien Gewerkschaften 1933, der Ermordung Wilhelm Leuschners 1944 und der Neugründung der Gewerkschaften nach 1945. Und auch zwei Aufrufe sind auf der Themenseite zu finden: Der Forderung der Auschwitz-Überlebenden Esther Bejarano und der VVN-BdA, den Jahrestag des Kriegsendes zum gesetzlichen Feiertag zu erheben, schloss sich der DGB vor dem 8. Mai ebenso an wie dem Appell „Nein zur Sprache der Gewalt, Ja zu einer Kultur des Friedens“ der Kampagne „abrüsten statt aufrüsten“.

Fluchtpunkt des gewerkschaftlichen Gedenkens und Erinnerns an die Zeit des „Dritten Reiches“ ist jedoch nicht der 8. Mai 1945, sondern der 2. Mai 1933 – jener Tag, an dem die freien Gewerkschaften gewaltsam aufgelöst, ihr Vermögen beschlagnahmt und zahlreiche ihrer Funktionäre verhaftet wurden. Daneben ist es vor allem der Zeitraum zwischen dem gescheiterten Attentat des 20. Juli 1944, der folgenden „Aktion Gitter“ und der Hinrichtung Wilhelm Leuschners sowie dem Kriegsende im Mai 1945, auf den sich die Aufmerksamkeit der Gewerkschaften und ihrer historisch-politischen Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit vornehmlich richtet. Die Zeit zwischen der 1934 abgeschlossenen „Gleichschaltung“ und der Endphase des „Dritten

Reiches“ – ein ganzes Jahrzehnt – bleibt in der Gedenkkultur der Gewerkschaften bis heute deutlich unterbelichtet.

Freilich lässt sich keine Geschichte von Gewerkschaften erzählen, die nach dem Frühjahr 1933 nicht mehr existierten, aber die Erfahrungen, die ihre vormaligen Mitglieder in den Folgejahren machten – ob mit Widerstand und Verfolgung, mit Anpassung oder gar aktivem Engagement in der NS-Bewegung –, sollten dennoch als fundamentaler Teil einer Erfahrungs- und Gesellschaftsgeschichte der Arbeiterschaft im „Dritten Reich“ verstanden, thematisiert und erforscht werden. Mit einer Fixierung auf Anfang und Ende des NS-Regimes – oder anders gewendet: auf das Ende der freien Gewerkschaften und den Neuanfang als Einheitsgewerkschaft – ist jedoch ein Ausblenden zahlreicher Facetten der Gesellschafts- und Gewaltgeschichte des Nationalsozialismus verbunden. Der Fokus der gewerkschaftlichen Erinnerungsarbeit richtet sich vornehmlich auf jene wenigen Daten und Protagonisten in der Ereignisgeschichte der NS-Zeit, die für das Schicksal der Organisation zentral waren beziehungsweise für ihren Widerstand gegen den Nationalsozialismus als besonders erinnerungswürdig gelten. So nachvollziehbar diese Fokussierung ist, da ein Gedenktag wie der 2. Mai oder eine herausragende Persönlichkeit des Widerstands wie Wilhelm Leuschner aus guten Gründen als Fluchtpunkte gewerkschaftlicher Identitätsbildung und ritualisierter historischer Selbstvergewisserung dienen, so sehr muss aber auch gefragt werden, warum sich der Blick auf die Zeit des Nationalsozialismus trotz enormer Fortschritte und Erkenntnisgewinne in der Erforschung der Gesellschaftsgeschichte des „Dritten Reiches“ in den vergangenen zwei bis drei Jahrzehnten kaum geweitet hat – jedenfalls dann nicht, wenn man auf die zentralen Botschaften von Gedenkreden und öffentlichen Stellungnahmen vonseiten der Gewerkschaften schaut.

Dieselben öffentlichen Stellungnahmen werden von der Klage über einen Mangel an öffentlicher Kenntnis und Wertschätzung des Widerstands gegen den Nationalsozialismus und vor allem des gewerkschaftlichen Anteils daran durchzogen sind – eine Diagnose, die so oder so ähnlich auch schon in den 1980er Jahren gestellt wurde, als die Konjunktur einer „Geschichte von unten“ anbrach und viele zuvor unbekannte Komplexe gewerkschaftlichen Widerstands, aber auch Anpassungsprozesse auf lokaler und regionaler Ebene erstmals erforscht wurden. Verbunden mit dieser Diagnose mangelnder Aufmerksamkeit ist dabei stets das Bedürfnis, die Gewerkschaften und ihre damaligen Akteure einerseits gegen pauschalisierende Urteile über den Anpassungskurs des Jahres 1933 zu verteidigen, andererseits den Mut und das bleibende Vermächtnis derjenigen hervorzuheben, die sich dem Regime widersetzen.

Wie hat sich die Auseinandersetzung der Gewerkschaften – allen voran ihres Dachverbands – mit der NS-Vergangenheit seit ihrer Wiedegründung

nach Ende des Zweiten Weltkriegs entwickelt, und welche Phasen und Konjunkturen sind in diesem Prozess zu unterscheiden? Welche Rolle spielten die Gewerkschaften in öffentlichen Debatten um Geschichte und Erinnerung an das „Dritte Reich“? Reagierten sie eher auf gesellschaftliche und wissenschaftliche „Trends“ oder setzten sie selbst bedeutende Impulse? In den Blick geraten soll auch die „Metaebene“ der gewerkschaftlichen Geschichts- und Erinnerungsarbeit: Haben sich die Gewerkschaften mit der Geschichte ihrer eigenen Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit seit 1945 befasst? Und schließlich: Welchen Innovations- und Verbesserungsbedarf es in der Kommunikation der Gewerkschaften über die NS-Vergangenheit, wenn sie zur gewerkschaftlichen Identitätsbildung und Mitgliederbindung beitragen soll?

Konsensorientierte Selbstmarginalisierung

Dank einer 2004 veröffentlichten Studie von Thomas Köcher ist die Auseinandersetzung des DGB mit der NS-Vergangenheit in den 1950er und 1960er Jahren fundiert erforscht. Er hat systematisch und auf breiter Quellenbasis untersucht, wie sich der DGB mit verschiedenen Aspekten der „Vergangenheitsbewältigung“ in diesen beiden Jahrzehnten befasst und in entsprechenden Debatten positionierte – von der Entnazifizierung über die Wiedergutmachung und den Antisemitismus bis hin zu dem für die Gewerkschaften besonders zentralen Thema Widerstand (Köcher 2004). Auffällig an seinen Befunden ist, dass sich die Positionen des DGB vielfach mit denen der SPD deckten und überdies mit zentralen gesamtgesellschaftlichen Konsensnarrativen korrelierten, vor allem in den Debatten um die Entnazifizierung und die sogenannte Schuldfrage (vgl. Meyer 2015).

In Fragen von Schuld und Mitverantwortung unterschieden sich die offiziellen Positionen der Gewerkschaften nur in Nuancen von der in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft dominierenden Sicht, wonach ausschließlich die Führungsriege des NS-Regimes – eine „Clique von Gangstern“ – für die Verbrechen an den europäischen Juden und anderen Bevölkerungsgruppen verantwortlich gewesen sei, die übergroße Mehrheit der deutschen Bevölkerung dagegen keine Mitschuld treffe. Die „Einbindung breiter Bevölkerungsschichten in das System“, so Köcher, habe in den fünfziger und sechziger Jahren „keinen direkten Bezugspunkt für den DGB“ dargestellt. Den „Gegenpart zum engen Kreis von Verantwortlichen“ bildete das „andere Deutschland“, zu dem sich der DGB „zugehörig fühlte“ (Köcher 2004, S. 187). Wenn überhaupt, dann wurde eine Mitschuld an den Verbrechen lediglich bei den schon vor 1933 antidemokratischen Trägergruppen der Großindustrie und des Militärs gesehen, nicht aber bei den „einfachen

Deutschen“. Dieser „Trennung zwischen Führung und Bevölkerung“ entsprach eine zwar grundsätzlich zustimmende, aber mit Blick auf die Umsetzung durch die Besatzungsmächte vorwiegend kritische Haltung der Gewerkschaften zur Entnazifizierung, als deren Nutznießer vor allem die „Großen“, als Opfer hingegen die „Kleinen“ galten (Köcher 2004, S. 185, 188).

Als „Antreiber“ einer kritischen Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit fungierten die Gewerkschaften mehrfach in Fragen personeller Kontinuitäten zwischen NS-Zeit und Bundesrepublik sowie des Umgangs mit Traditionsverbänden und Gesinnungsgemeinschaften wie der HIAG, in der ehemalige Waffen-SS-Mitglieder organisiert waren (vgl. z. B. DGB-Landesbezirksvorstand Niedersachsen 1958). Wie in der SPD waren es auch in den Gewerkschaften wenige „Einzelkämpfer“, die sich dieses in zahlreichen Institutionen virulenten Problems annahmen und die „Vergangenheitspolitik“ der Adenauer-Regierung – aber stellenweise auch den Umgang der eigenen Organisation mit der NS-Vergangenheit – kritisch kommentierten und auf Versäumnisse und Leerstellen im politischen Diskurs hinwiesen (Potthoff 1995, S. 124). Nicht selten gingen solche Initiativen seit Mitte der fünfziger Jahre von jüngeren Gewerkschaftsmitgliedern bzw. den Jugendverbänden aus.

Zugleich gelangten aber auch innerhalb der Gewerkschaften vereinzelt Personen in verantwortliche Stellen, die zwischenzeitlich das NS-Regime unterstützt hatten. Prominentester Fall war Walter Pahl, der in der Weimarer Republik zur sogenannten Jungen Rechten in der SPD gezählt hatte und nach dem 30. Januar 1933 als Funktionär in der ADGB-Zentrale für eine Fühlungnahme und Verständigung zwischen den Freien Gewerkschaften und der NSDAP eingetreten war. Zwar floh er nach dem 2. Mai 1933 ins Schweizer Exil, kehrte aber 1935 nach Deutschland zurück und äußerte sich fortan als Journalist und Buchautor wiederholt im Sinne der NS-Expansions- und Rassenideologie (Köcher 2004, S. 64-69; Linne 1990; Brunner 1992). Seine Karriere konnte Pahl nach der Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft zunächst weitgehend ungehindert fortsetzen, und dies auch dank der Fürsprache Kurt Schumachers, der – anders als Konrad Adenauer – Pahls Anstellung als Sekretär für Sozialpolitik und Kulturpolitik im Zonenbeirat der britischen Zone befürwortete, obwohl er über Pahls publizistischen „Irrweg“ im Bilde war.

1950 erhielt Pahl den Posten des Generalsekretärs und Chefredakteurs der *Gewerkschaftlichen Monatshefte*, trat 1954 aber auf Druck des DGB von seinem Posten zurück, nachdem der Chefredakteur der *Frankfurter Rundschau*, Karl Gerold, über die NS-Vergangenheit Pahls geschrieben und seine Absetzung gefordert hatte. Weder stand Pahl jedoch nach seinem erzwungenen Rücktritt vor Existenzsorgen – man hatte ihm im Gegenzug einen Posten beim Bund-Verlag zugesichert –, noch nahm der DGB den Skandal zum

Anlass, sich öffentlich mit Pahls Vergangenheit oder gar dem Problem personeller Kontinuitäten insgesamt auseinanderzusetzen. Eine offene und grundsätzliche Debatte darüber hätte vermutlich zur Folge gehabt, dass man es innerhalb der Gewerkschaften mit einer Vielzahl ähnlicher, wenn auch vielfach sicher harmloserer Fälle von Nähe zum NS-Regime zu tun bekommen hätte.

Als sich ab etwa 1949/50 Fälle häuften, in denen weiterhin überzeugte Nationalsozialisten mit klar rechtsradikalen und antisemitischen Äußerungen an die Öffentlichkeit traten, waren es häufig die Gewerkschaften, die den lautesten Protest äußerten. In Kiel fanden sich 1950 nach einem Aufruf des DGB mehrere tausend Demonstranten zusammen, um ihre Stimme gegen den Freispruch des Bundestagsabgeordneten der rechtsradikalen Deutschen Partei Wolfgang Hedler zu erheben (Frei 1996/1999, S. 317; Meyer 2015, S. 152 f.). Gleichwohl wurde der fortlebende Rechtsradikalismus und Antisemitismus bevorzugt als ein Problem adressiert, das vor allem dem „Ansehen“ und „guten Ruf“ der jungen westdeutschen Demokratie im Ausland schadete (Köcher 2004, S. 104).

Bemerkenswert war das frühe und engagierte Eintreten der Gewerkschaften für eine „Wiedergutmachung“ für die Opfer der NS-Verbrechen, wenngleich hier – sehr ähnlich wie in der SPD – zunächst vor allem die eigenen Leute in den Blick gerieten, während man sich von anderen Opfergruppen bewusst abzugrenzen und sie innerhalb einer Opferhierarchie abzuwerten versuchte. Diese Abgrenzungsbestrebungen richteten sich vor allem gegen Kommunisten, aber auch gegen die vom NS-Regime als „asozial“ und „gemeinschaftsfremd“ verfolgten Menschen. Auch die mit Abstand größte Gruppe der jüdischen Opfer und Überlebenden stand zunächst keineswegs im Fokus gewerkschaftlicher Forderungen nach Wiedergutmachung und Entschädigung – ein Befund, der zu der von Thomas Köcher diagnostizierten „Kommunikationslatenz“ (Köcher 2004, S. 188) der Gewerkschaftspresse gegenüber der Verfolgung und Vernichtung der Juden entsprach. Wenn die Massenverbrechen von Gewerkschaftsvertretern öffentlich thematisiert wurden, dann vorzugsweise in „Verklausulierungen“ und Metaphern, ohne konkrete Benennung einzelner Täter, Tatorte oder Opfer – eine Abstrahierung und Externalisierung, die den verbreiteten Verdrängungs- und Entlastungsbedürfnissen entsprach und ihnen entgegenkam. Auch hier waren es ab den späten 1950er Jahren vor allem die Jugendverbände der Gewerkschaften, die eine konkretere Auseinandersetzung und direkte Konfrontation mit den Verbrechen an Jüdinnen und Juden einforderten und auch praktizierten, vor allem durch eine Vielzahl von Seminaren und Fahrten zu ehemaligen Konzentrationslagern (Gorr 2016, S. 49 f.).

Der zentrale Bezugspunkt gewerkschaftlicher Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit – der 2. Mai 1933 und seine für zahlreiche

Gewerkschafter*innen massiven Folgen, oft in Form von Folter, Haft oder sogar Ermordung – berührte ihre zugleich ambivalenteste Sphäre: die Frage nach Anpassung, Resistenz oder Widerstand. Michael Schneider weist darauf hin, dass „bis weit in die 1960er Jahre hinein die ‚Opferrolle‘ der Gewerkschaften am 2. Mai 1933 im Vordergrund der gewerkschaftlichen Erinnerungs- bzw. Gedenkveranstaltungen“ gestanden habe (Schneider in diesem Band). Eine Debatte über Fehleinschätzungen und -entscheidungen, geschweige denn über die Anbiederung mancher Gewerkschaftsfunktionäre an das neue Regime, fand in den ersten zwei Nachkriegsjahrzehnten praktisch nicht statt. Stattdessen war in der Behandlung des Widerstands durch die Gewerkschaften eine Entwicklung zu beobachten, die sich fast deckungsgleich innerhalb der SPD vollzog: Anstatt die Widerstands- und Verfolgungserfahrungen der eigenen Klientel zu betonen, vollzogen Gewerkschaften und Sozialdemokratie eine Form von „Selbsteingemeindung“ in den Widerstand des 20. Juli 1944, der in der öffentlichen Meinung nach dem Remer-Prozess von 1952 allmählich an Akzeptanz gewann. Diese Hinwendung war freilich insofern legitim, als es innerhalb des sehr heterogenen Kreises der Mitverschwörer mit Männern wie Adolf Reichwein, Julius Leber, Theodor Haubach und Wilhelm Leuschner einige prominente Sozialdemokraten und Gewerkschafter gegeben hatte. Unter den Tisch fielen bei dieser Verengung des Blicks auf den 20. Juli jedoch eine Vielzahl kleinerer, unbekannterer und weit aus früher agierender Widerstandsgruppen aus dem breiten Spektrum der Arbeiterbewegung.

Eine Erklärung für diese Fixierung des Widerstandsgedächtnisses von SPD und Gewerkschaften auf den 20. Juli – unter Ausblendung der eigenen Widerstands- und Verfolgungserfahrungen – liegt im Antikommunismus und seiner für die fünfziger und frühen sechziger Jahre so enorm hohen Integrationsfunktion: Die Vereinnahmung des Arbeiterwiderstands durch die DDR bei gleichzeitiger Verengung auf deren kommunistischen Anteil stand einer positiven Bezugnahme von SPD und Gewerkschaften auf den Widerstand der eigenen Leute im Wege. Der antitotalitäre Konsens, dem sich auch die westdeutschen Repräsentanten der Arbeiterbewegung verpflichtet fühlten, ging nicht nur mit einer Tendenz zur Gleichsetzung stalinistischer und nationalsozialistischer Verbrechen einher, sondern legte zugleich nahe, politisch ganz unterschiedlich begründete Widerstandsaktivitäten als kollektives Unterfangen eines nicht näher zu spezifizierenden „anderen Deutschlands“ zu begreifen und zu kommunizieren – unter Ausgrenzung des kommunistischen Anteils und unter Ausblendung zahlreicher anderer Schattierungen von Widerstand und Opposition.

Dieser Verzicht auf Konkretion betraf zugleich die vielfältigen Formen von Anpassung großer Teile der Arbeiterschaft an das NS-System: Je homogener und unspezifischer das durch die Verschwörer des 20. Juli repräsentierte

„andere Deutschland“ erschien, desto undeutlicher traten die Grautöne und Ambivalenzen in den Verhaltensweisen einer „Volksgemeinschaft“ hervor, zu denen sich auch ein beachtlicher Teil derjenigen gezählt hatte, die nun – erstmals oder wieder – der SPD und den Gewerkschaften angehörten. Die ganze Breite des Widerstands zu thematisieren hätte bedeutet, sowohl den kommunistischen und anarchosyndikalistischen Widerstand einzubeziehen, als auch nachträglich auf „alternative Verhaltensmöglichkeiten“ (Köcher 2004, S. 167) unter dem NS-Regime aufmerksam zu machen. Dies hätte weder dem Entlastungsbedürfnis der breiten Bevölkerung noch dem Streben von SPD und DGB nach innerer Einheit und Geschlossenheit, mithin auch nach politischem Erfolg und Einfluss entsprochen (vgl. Köcher 2004, S. 189; Meyer 2015, S. 198 f.). Von einem lagerübergreifenden Widerstand des 20. Juli konnte überdies eine ideelle Brücke zur Einheitsgewerkschaft geschlagen werden.

So fungierte die Erinnerung an das gescheiterte Attentat auf Adolf Hitler in den 1950er und 1960er Jahren sowohl als „eine Art Katalysator, über den der Arbeiter- und gewerkschaftliche Widerstand erinnert werden konnte“, zum anderen als „Platzhalter, über den eine angeblich große Bewegung des Widerstands in Deutschland thematisiert werden konnte, der sich die Gewerkschaften zugehörig sahen und an der sie einen großen Anteil besaßen“ (Köcher 2004, S. 183). Als tragische Heldengeschichte mahnte der gescheiterte Attentatsversuch einerseits zu Ehrfurcht und Bewunderung, erschien andererseits aber als eine vom Alltag des „Dritten Reiches“ weit entrückte Tat, ausgeführt von einer kleinen Elite mit außergewöhnlichen Handlungsspielräumen. Auf diese Weise entpflichtete der 20. Juli 1944 die einfachen „Volksgenossen“ von der Reflexion über ihre eigenen Handlungsoptionen. Wilhelm Leuschner gab der gewerkschaftlichen Beteiligung an der Verschwörung ein prominentes Gesicht – eines, mit dem sich das gewöhnliche Gewerkschaftsmitglied jedoch nur so weit identifizieren konnte und musste, wie es um die hehren Ziele und Beweggründe der Widerständler ging, nicht aber um das konkrete Handeln (vgl. Meyer, S. 199).

Kritische Selbsthistorisierung

Blickt man auf die Zeit etwa zwischen der Mitte der 1960er und Mitte der 1970er Jahre, fällt auf, dass die gewerkschaftliche Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit für diese Zeit praktisch nicht erforscht ist – und dies, obwohl die in dieser Zeit zunehmend sozialwissenschaftlich inspirierte historische Forschung einiges an Grundlagenforschung über die Geschichte des Widerstands aus der Arbeiterbewegung erbrachte (vgl. z. B. Steinberg 1969, Klotzbach 1969, Bludau 1973). Das öffentliche Interesse an

gesellschaftshistorischen Erkenntnissen über das Verhalten der Arbeiterschaft im Nationalsozialismus hielt sich in dieser Schwellenzeit um 1968 jedoch sehr in Grenzen. Zwar brachte der maßgeblich von den Gewerkschaften getragene Protest gegen die Notstandsgesetze Fragen nach dem Widerstandsrecht ebenso auf wie nach der Gefahr eines „zweiten 1933“, aber dennoch war das Interesse an einer konkreten Auseinandersetzung mit dem Verhalten der Arbeiterschaft unter dem Nationalsozialismus weder innerhalb der Studentenbewegung noch in den Gewerkschaften sonderlich groß. Diskutiert wurde auf einer vorzugsweise gegenwartsbezogenen, abstrakten und aufseiten der Studenten vor allem theoriebasierten Ebene.

In der Folge richtete sich die öffentliche Aufmerksamkeit für die Geschichte des „Dritten Reiches“ vor allem auf die Führungsfiguren des Nationalsozialismus: Die sogenannte „Hitler-Welle“ zur Mitte der 1970er Jahre wurde von einer Flut populärwissenschaftlicher Darstellungen getragen, die dieser auf NS-Größen fixierten Sensationslust entgegenkamen und sie zugleich verstärkten. An einer Beschäftigung mit der facettenreichen Geschichte der „kleinen Leute“ unter dem Nationalsozialismus hatten abseits einiger Nischen in der Wissenschaft weder das Lesepublikum noch die Verlage Interesse. Diese bereits vielfach konstatierte „Leerstelle“ in der Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit und dabei speziell mit ihren gesellschafts- und gewaltgeschichtlichen Dimensionen erklärt wiederum den direkten „Sprung“ von der unmittelbaren Nachkriegszeit zu den späten 1970er Jahren, der sich in bilanzierenden Rückblicken auf die Beschäftigung der Gewerkschaften mit dieser Vergangenheit bis heute findet.

Dass gegen Ende der 1970er Jahre eine Debatte um das Verhalten der Gewerkschaften in der Weltwirtschaftskrise, ihren Anpassungskurs im Frühjahr 1933, aber auch die Widerstandsaktivitäten vieler damaliger Akteure aufflammte, die über viele Jahre sowohl die Wissenschaft als auch die Geschichts- und Erinnerungsarbeit der Gewerkschaften dominieren sollte, war einer Verbindung mehrerer Faktoren und Entwicklungen geschuldet. Zunächst einmal hatten erste größere Forschungsprojekte über die Arbeiterbewegung zwischen Weimarer Republik und Nationalsozialismus inzwischen einige neue Erkenntnisse über die Rolle und das Verhalten der Gewerkschaften in den frühen 1930er Jahren erbracht, die teilweise sehr kontrovers diskutiert wurden (vgl. z. B. Deppe 1977, Deppe 1979). Darüber hinaus wurden sowohl die SPD als auch die Gewerkschaften seit der Mitte der 1970er Jahre im Zeichen der sogenannten „Tendenzwende“ massiv von Vertretern der CDU/CSU und ihnen nahestehenden Publizisten und Journalisten attackiert, die mit Anspielungen auf eine vermeintliche ideologische Nähe zwischen Sozialismus und Nationalsozialismus Stimmung gegen einen angeblichen linken „Mainstream“ in Politik, Wissenschaft und Journalismus zu machen und dabei die Widerstandsaktivitäten der Arbeiterbewegung

systematisch zu relativieren oder gar zu diskreditieren versuchten (Meyer 2015, S. 370 f., 377). Drittens schließlich sahen sich nach der Ausstrahlung des amerikanischen TV-Mehrteilers *Holocaust* im deutschen Fernsehen Anfang 1979 auch die Gewerkschaften mit einer plötzlichen Welle der Betroffenheit und Aufmerksamkeit für die Opfer der NS-Verbrechen konfrontiert, die nicht nur die alternden Verfolgten dazu animierte, die eigenen Erfahrungen endlich einmal öffentlich als Zeitzeug*innen zu thematisieren, sondern in Gewerkschaften und Sozialdemokratie insgesamt einen Prozess der Selbsthistorisierung anstießen (Meyer 2015, S. 392-395, 411-419).

In den Jahren von 1979 bis 1983 intensivierte und verdichtete sich die Auseinandersetzung der Gewerkschaften mit der NS-Vergangenheit in einem zuvor ungekannten und auch danach so nicht mehr wiederholten Maße. Gerahmt wurde diese „Kernzeit“ selbstkritischen Rückschauens auf die Zeit des „Dritten Reiches“ – und vor allem auf dessen Anfangsjahre – von zwei großen Konferenzen.

Mitte Oktober 1979 veranstaltete der von Heinz-Oskar Vetter geleitete DGB anlässlich seines 30-jährigen Bestehens in München eine Tagung, die mit dem Motto „Aus der Geschichte lernen – die Zukunft gestalten“ überschrieben war (Vetter 1980). In seinem Grundsatzreferat ging Vetter auch auf eine Kontroverse ein, die sich bereits zwei Jahre zuvor an dem Buch *Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung* des Marburger Politikwissenschaftlers und Abendroth-Schülers Frank Deppe entzündet hatte (Deppe 1977) und durch einen kurz vor der Konferenz veröffentlichten Aufsatz Deppes in den *Gewerkschaftlichen Monatsheften* weiter befeuert worden war (Deppe 1979). Darin hatte dieser seine Kritik an der „Tolerierungspolitik“ der freien Gewerkschaften in der Zeit der Präsidialkabinette und den Anpassungskurs in den Monaten nach der nationalsozialistischen Machtübernahme noch einmal wiederholt, zusätzlich aber auch scharfe Kritik an der Strategie des DGB in den 1950er und 60er Jahren geäußert – Vorwürfe vom äußeren linken Rand des eigenen Spektrums, die aus Sicht von Fachkolleg*innen Deppes wie auch des DGB so nicht haltbar waren. „Wir haben eine heftige Kontroverse über Gewerkschaftsgeschichte erlebt“, so Vetter in München, zu deren „wissenschaftlichen Aspekten“ er sich zwar weder äußern wolle noch könne, über deren „schrille Tonlage“ er sich „allerdings sehr gewundert habe“. Begriffe wie „Versagen“ und „Verrat“ seien nicht dazu geeignet, „die Vielschichtigkeit historischer Vorgänge zu entschlüsseln“, erklärte der DGB-Vorsitzende, aber ebenso wenig wolle er diesen Unterstellungen „die Behauptung stetigen Erfolgs“ entgegensetzen, denn: „In beiden Fällen werden Schablonen angelegt, deren Anwendung zwar einfach ist, mit denen man aber eben die Komplexität politischer Prozesse nicht erfassen kann“ (Vetter 1980, S. 14).

Vetter machte aber auch auf eine zweite „Frontlinie“ auf der anderen Seite des politischen Spektrums aufmerksam, an der sich die Gewerkschaften zu jener Zeit vermehrter Angriffe und Diffamierungen erwehren musste. Konkret ging es um eine aus den Reihen der Unionsparteien lancierte Kampagne, die im Bundestagswahlkampf von 1976 mit dem Slogan „Freiheit statt Sozialismus“ begonnen hatte und seitdem mit immer neuen Attacken gegen die Sozialdemokratie und die mit ihr personell und politisch eng verbundenen Gewerkschaften aktualisiert wurde. Besonders infam daran war die doppelte Stoßrichtung der Kampagne, mit der man das gesamte linke politische Spektrum sowohl in die Nähe des Kommunismus als auch des Nationalsozialismus zu rücken versuchte. „Neuerdings mischen geschichtsklitternde Zauberlehrlinge Begriffe und historische Tatbestände in unerhörter Weise zu einem explosiven Gebräu zusammen“, so Vetter in seinem Münchner Grundsatzreferat. Man könne „nur bitter darüber werden, daß hier die verhängnisvolle stalinistische These vom Sozialfaschismus nach 50 Jahren von rechts neu serviert wird“. Solchen Geschichtsfälschungen und ihrer politischen Instrumentalisierung müsse eine sich als aufklärerisch verstehende Geschichtswissenschaft entgegentreten, die „weder zur eifernden Indoktrination noch zur blinden Legitimation des jeweils Bestehenden“ neige (Vetter 1980, S. 18 f.).

So intensiv wie wohl nie zuvor wurde bei der Konferenz über die kontroversen Forschungspositionen zur Rolle der Gewerkschaften in der Spätphase der Weimarer Republik und das Verhältnis von Kommunisten, Sozialdemokraten und Freien Gewerkschaften unter dem Eindruck der Weltwirtschaftskrise und der wachsenden Erfolge der NSDAP diskutiert (vgl. Leminski 1979). Dass zwischen Positionen wie denen von Frank Deppe und Karl-Dietrich Bracher kein Konsens hergestellt werden konnte, war wenig erstaunlich, hätte aber auch nicht dem eingangs formulierten Plädoyer Vetters für eine – auch wenn er diese Worte nicht gebrauchte – multiperspektivisches und dialogisches Verständnis von Geschichtswissenschaft und ihren Deutungsangeboten entsprochen.

Als sich viele der Anwesenden gut dreieinhalb Jahre später, am 2. und 3. Mai 1983, in Dortmund erneut zu einer gewerkschaftshistorischen Tagung zusammenfanden, hatten sich die politischen Mehrheitsverhältnisse in der Bundesrepublik verändert: Nach dem Ausscheren von Teilen der FDP aus der sozialliberalen Koalition und einem konstruktiven Misstrauensvotum gegen Helmut Schmidt war im Oktober 1982 Helmut Kohl ins Kanzleramt eingezogen; die Bundestagswahlen vom 6. März 1983 hatten ihn im Amt bestätigt. Nach Kohls Ankündigung einer „geistig-moralischen Wende“ stand die aus Anlass des 50. Jahrestags der Zerschlagung der Gewerkschaften veranstaltete Konferenz noch deutlich stärker als diejenige von 1979 unter dem Eindruck einer politischen und dabei nicht zuletzt geschichtspolitischen

Polarisierung. Gleichwohl zeigte der seit Mai 1982 amtierende DGB-Vorsitzende Ernst Breit mit dem Motto seines Vorworts zum Tagungsband an, dass man sich vor allem mit sich selbst und nicht mit der Abwehr der Attacken von konservativer Seite beschäftigen wollte: „Der DGB stellt sich seiner Geschichte“. Das damit formulierte Bedürfnis nach – oder auch die Einsicht in – eine(r) kritische Selbsthistorisierung der Gewerkschaften reagierte auch auf die inzwischen weiter voranschreitende und zunehmend alltagshistorisch inspirierte Welle der Erforschung der Arbeiter- und Arbeiterbewegungsgeschichte. Dennoch schlug Breit gleich zu Beginn erneut einen direkten Bogen von der Zerschlagung der Gewerkschaften zur Bildung der Einheitsgewerkschaft 16 Jahre später: Aus der Niederlage des 2. Mai 1933 habe die Bewegung „auch die Kraft für einen Wiederaufbau in neuer Form gefunden“ (Breit 1984, S. 9).

Keine Erwähnung fand in seinem Vorwort, dass es bei der von ihm geforderten „Beschäftigung mit der eigenen Geschichte“ nun auch darum hätte gehen müssen, intensiver auf die Zeit zwischen 1933 und dem Kriegsende zu blicken. Immerhin eine Arbeitsgruppe der Konferenz befasste sich mit bislang kaum erforschten und beachteten Widerstandsgruppen und -formen der 1930er und 1940er Jahre – und nicht von ungefähr war es mit Detlev Peukert einer der Pioniere der Alltagsgeschichtsschreibung, der hier Akzente setzte und seine Forschungen zum sehr unterschiedlichen Verhalten der Arbeiterjugend im Nationalsozialismus in die Diskussionen und den daraus entstandenen Band einbrachte. Er war es auch, der auf die zuvor kaum thematisierten Kontinuitäten und Folgewirkungen über die Zäsur von 1945 hinaus aufmerksam machte: Nicht vergessen werden dürfe, „daß die junge Generation von Gewerkschaftern nach 1945, die die Gewerkschaften dann mitaufgebaut und in den 50er Jahren mitgetragen hat, natürlich genau aus diesen eher widersprüchlichen, nicht ganz einheitlich zu fassenden, sehr ambivalenten Erfahrungshorizonten kommt“ (Peukert 1984, S. 223).

Ernst Breit beließ es dagegen bei einem sehr allgemein gehaltenen Appell und bezeichnete es als Ziel jeder Auseinandersetzung mit der Gewerkschaftsgeschichte, „aus eigenen Fehlern zu lernen, durch die gemeinsam erfahrene Geschichte die Solidarität zu stärken und aus den gewerkschaftlichen Erfolgen Selbstbewußtsein und Hoffnung zu gewinnen“ (Breit 1984, S. 10). Noch deutlicher als Vetter 1979 – und ganz unverkennbar unter dem Eindruck der geschichtspolitischen Agenda Helmut Kohls – wandte sich aber auch Breit gegen „ein für allemal festgelegte Geschichtsbilder“, die er als „Kennzeichen autoritären Denkens“ bezeichnete. „Demokratische Geschichtsschreibung“ bedeute dagegen „Vielfalt der Themen und Methoden, freien Meinungsstreit, Wahrnehmung historischer Zusammenhänge ohne Schranken und ohne Scheuklappen und freie Verfügung über alle Quellen

des Wissens. Nur so kann Geschichte dem Ziel der Aufklärung dienen, nur so kann man aus ihr lernen“ (Breit 1984, S. 14).

Deutlich wurde bei der Dortmunder Konferenz, wie sehr die Auseinandersetzung der Gewerkschaften mit der NS-Vergangenheit weiterhin von der Frage nach Verantwortlichkeiten für den Untergang der Weimarer Republik dominiert wurde – und wie groß das Rechtfertigungsbedürfnis gegenüber Versuchen einer Delegitimierung und Schuldzuweisung gegenüber den Gewerkschaften war (vgl. Borsdorf u. a. 1983). Immer noch werde kolportiert, so Ernst Breit, dass die Gewerkschaften durch ihre Weigerung, „einer halbprozentigen Erhöhung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung zuzustimmen“, die Regierung Müller „zur Aufgabe gezwungen“ habe. Es sei „schon erstaunlich, wie es immer wieder gelingt, alles Augenmerk auf den Tropfen zu lenken, der das Faß zum Überlaufen bringt, um dadurch die Frage zu verdrängen, wer denn vorher dieses Faß bis an den Rand gefüllt hat“ (Breit 1984, S. 16).

In der Bundesrepublik bildete das Gedenkjahr 1983 den Auftakt zu einer etwa bis 1987/88 reichenden Phase einer ungemein dichten Abfolge geschichtspolitischer Debatten, die von weiteren runden Jahrestagen – 40 Jahre 20. Juli, 40 Jahre Kriegsende – und nicht zuletzt vom „Historikerstreit“ geprägt war. Die hochgradig polarisierten Kontroversen um „Bitburg“, den Zuschnitt des von Kohl geplanten Hauses der Geschichte der Bundesrepublik und mehrerer anderer Großprojekte sowie um die von Ernst Nolte und Jürgen Habermas angefachte Diskussion um einen vermeintlichen „Konnex“ von nationalsozialistischen und stalinistischen Massenverbrechen schlugen sich ebenso auf die geschichts- und erinnerungspolitischen Aktivitäten der Gewerkschaften nieder wie die nun intensiv vorangetriebenen Forschungen der alltags- und lokalhistorisch arbeitenden Protagonisten einer „Geschichte von unten“. Deren Projekte, die sich vielfach mit der Geschichte von Anpassung und Widerstand in der Arbeiterbewegung befassten, richteten den Blick nun nicht mehr nur auf das Jahr 1933 und die Frage, „wie es dazu kommen konnte“, sondern verstärkt auch auf die vermeintlich „guten Jahre“ des „Dritten Reiches“, die in ihnen erst allmählich hervortretenden Inklusions- und Exklusionsdynamiken der NS-„Volksgemeinschaft“, vielfältige Grauzonen und Schattierungen zwischen Anpassung und Widerstand sowie schließlich auch auf Formen der Opposition in den Kriegsjahren.

Im Zuge dieses Booms der Alltags- und Lokalgeschichte entstand auch erstmals Interesse am Schicksal von Frauen im gewerkschaftlichen Widerstand. Unter dem Vorsitz von Monika Wulf-Mathies war es war der damalige Chefredakteur der ÖTV, Dieter Schneider, der sich dieses zuvor völlig unbeachteten Themas annahm, eine Artikelserie im ötv-Magazin initiierte und 1988 das Buch *Sie waren die ersten* herausgab (Schneider 1988).

Bei den alltagshistorischen und oftmals mit Zeitzeugeninterviews arbeitenden Forschungen, die nun zunehmend auch von den gewerkschafts- und SPD-nahen Stiftungen gefördert wurden und auf die Erinnerungsarbeit und Geschichtspolitik von DGB und SPD ausstrahlten, ging es auch um eine Form der Selbstvergewisserung und Neuorientierung eines Milieus, das in der Folge des Strukturwandels und nach dem Ende der sozialliberalen Ära auf Identitätssuche war – und den Bezug zu seiner Geschichte vielfach verloren hatte.

Persistente Narrative

Nach dieser „Hochkonjunktur der gewerkschaftlichen Rückbesinnung“ in den 1980er Jahren wurde die mit ihr gewachsene „Einsicht in die identitätsstiftende Orientierungsfunktion von historischen Kenntnissen“ jedoch in den 1990er und 2000er Jahren wieder „mehr und mehr in den Hintergrund gedrängt“ (Schönhoven 2002, S. 9).

Exemplarisch für diesen „Rückfall in alte Muster“ in der gewerkschaftlichen Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit steht die Rede des DGB-Vorsitzenden Dieter Schulte zum 50. Jahrestag des gescheiterten Attentats auf Hitler. Zwar erklärte er zu Beginn seiner Rede im Berliner Bendlerblock, dass die deutschen Gewerkschaften „glücklicherweise nicht zum Personenkult“ neigten – und nannte neben Wilhelm Leuschner auch die Namen einiger anderer Gewerkschafter im Widerstand –, erklärte Leuschner aber dennoch erneut zum *pars pro toto* gewerkschaftlicher Opposition in Gänze und den 20. Juli damit zum zentralen und repräsentativen Ereignis des Widerstands aus der Arbeiterbewegung: „Wenn wir uns heute an Wilhelm Leuschner erinnern, ihn in den Mittelpunkt stellen, dann denken wir gleichermaßen an alle anderen, die wie er der Barbarei die Stirn geboten haben“ (Schulte 1994, S. 620).

So nachvollziehbar es ist, dass ein DGB-Vorsitzender an diesem bedeutenden Jahrestag im Bendlerblock vor allem an Leuschner erinnert, so nahelegend wäre es nach den Forschungen des vorangegangenen Jahrzehnts gewesen, auch einmal an den genuin gewerkschaftlichen Widerstand unbekannterer Akteure weit vor 1944 zu erinnern. Schulte indes wies erneut darauf hin, dass der gewerkschaftliche Beitrag zur Verschwörung des 20. Juli bis heute zu wenig gewürdigt werde – und unterstrich damit ein weiteres Mal die herausgehobene Stellung dieses späten Widerstandskomplexes. Noch deutlichere Anleihen an Duktus und Perspektive der 1950er und 1960er Jahre machte Schulte, als er die ideelle Einigkeit der Mitglieder des 20. Juli und dabei zugleich den antitotalitären Konsens beschwor:

„Was sie aber über all das hinweg einte, war der Abscheu vor der Barbarei und Tyrannei, der Wunsch und der Wille, das Vaterland davon zu befreien. Dieser Konsens gegen Faschismus und Totalitarismus prägte die alte Bundesrepublik und so muß es, meine ich, auch für die neue bleiben“ (Schulte 1994, S. 621).

Auch nach 2000 kam es in der Auseinandersetzung der Gewerkschaften mit der NS-Vergangenheit zu keinen merklichen Perspektivveränderungen oder Neuansätzen. Als sich die Zerschlagung der freien Gewerkschaften im Frühjahr 2003 zum 70. Mal jährte, blieb die Zahl von Gedenkfeierlichkeiten und Projekten sehr überschaubar. Heraus stach eine Rede des DGB-Vorsitzenden Berlin-Brandenburg Dieter Schulz, der sich darin ausgesprochen kritisch mit der Schwäche und den „schwere[n] politische[n] Irrtümer[n]“ der Gewerkschaften in der Spätphase der Weimarer Republik auseinandersetzte (Schulz 2003).

Zum 60. Jahrestag des Kriegsendes veröffentlichte der DGB eine für die Erinnerungs- und Bildungsarbeit an der Basis sehr praxisorientierte Broschüre mit dem Titel „Erinnern, Gedenken, politisch Handeln. Eine Arbeitshilfe zum 8. Mai“. Darin finden sich Anregungen und praktische Hinweise für Veranstaltungen und Interviews mit Zeitzeug*innen, für Filmvorführungen, Gedenkstättenexkursionen, Besuche von Museen und aktuellen Ausstellungen zum Thema Nationalsozialismus, Rassismus und Rechtsextremismus bis hin zu Tipps zum Umgang mit rechtsextremen Provokationen rund um Jahrestage wie den des Kriegsendes (DGB-Bundesvorstand/IG Metall FB Gesellschaftspolitik 2005). Abseits von einer Tagung unter dem Titel „Die deutschen Gewerkschaften zwischen 1933 und 1945 – Kapitulation und Anpassung – Wartestand und Widerstand“, die im Juni 2007 in der Gedenkstätte des ehemaligen Konzentrationslagers Sachsenhausen stattfand, gab es in den „Nullerjahren“ jedoch keine größeren erinnerungspolitischen Projekte oder Veranstaltungen, die der Geschichte der Gewerkschaften im „Dritten Reich“ gewidmet waren.

Dagegen kann für das Jahr 2013 von einem wahren „Revival“ der gewerkschaftlichen Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit gesprochen werden: 80 Jahre nach der nationalsozialistischen „Machtergreifung“ und der Zerschlagung der Gewerkschaften fand eine Vielzahl von Gedenkveranstaltungen, Ausstellungen und Konferenzen statt, die sich mit verschiedenen Aspekten gewerkschaftlicher Erfahrungen von Widerstand, Verfolgung und Anpassung befassten und dabei erstmals auch den Versuch unternahmen, die erinnerungspolitischen Aktivitäten der Gewerkschaften seit 1949 kritisch zu reflektieren und zu historisieren. Im März 2013 richtete das Institut für Soziale Bewegungen in Bochum die Konferenz „80 Jahre Zerschlagung der deutschen Gewerkschaften – Erfahrungen, Lehren, Erinnerungen“ aus. Gefragt wurde dort u. a. nach Institutionalisierungen und Ritualisierungen der Erinnerung an den 2. Mai 1933, nach Versäumnissen und Forschungslücken sowie

nach sich verändernden und „überschriebenen“ Narrativen (vgl. Berger 2013). Einen Monat darauf wurde in der Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin eine von Werner Milert und Rudolf Tschirbs im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung erarbeitete Ausstellung mit dem Titel „Zerschlagung der Mitbestimmung 1933. Das Ende der ersten deutschen Betriebsdemokratie“ der Hans-Böckler-Stiftung (HBS) eröffnet. Neben dem DGB-Vorsitzenden Michael Sommer sprach der emeritierte Bochumer Historiker Hans Mommsen bei der Eröffnung (Milert/Tschirbs 2013). Auch bei einer Gedenkveranstaltung der IG BCE unter dem Motto „Ungebrochen“ am 23. April hielt Sommer ein Grußwort, ebenso wie der ehemalige SPD-Vorsitzende Franz Müntefering (IG BCE 2013). Höhepunkt der Feierlichkeiten war am 2. Mai die zentrale Gedenkveranstaltung des DGB in Anwesenheit von Bundespräsident Joachim Gauck im Deutschen Historischen Museum Berlin. Präsentiert wurde dort ein von Martin Lücke und Dieter Pougin herausgegebener gewerkschaftshistorischer Stadtführer durch Berlin (Lücke/Pougin 2013) sowie der von der Hans-Böckler-Stiftung für die politische Bildungsarbeit produzierte Film „2. Mai 1933: Zerschlagung der Gewerkschaften“ (Hans-Böckler-Stiftung 2013).

Auch Einzelgewerkschaften entwickelten anlässlich des runden Jahrestags Projekte für die historisch-politische Bildung. In einer Videoreihe der IG Metall Berlin-Brandenburg-Sachsen porträtierten junge Gewerkschaftsmitglieder in der KZ-Gedenkstätte Sachsenhausen jeweils einen von den Nationalsozialisten verfolgten Gewerkschafter oder eine Gewerkschafterin und stützten sich dabei auf das von Siegfried Mielke herausgegebene vierbändige biographische Handbuch zu Gewerkschaftern in den Konzentrationslagern Oranienburg und Sachsenhausen (Mielke 2002-2013). 2014 initiierte die Bildungsabteilung der IG Metall außerdem ein Zeitzeugenprojekt, dessen Ergebnisse 2016 in der von Chaja Boebel, Stefan Müller und Ulrike Obermayr herausgegebenen Publikation „Vom Erinnern an den Anfang. 70 Jahre Befreiung vom Nationalsozialismus – Was hat die IG Metall daraus gelernt?“ veröffentlicht wurden (Boebel/Müller/Obermayr 2016). Ergänzend dazu erschien ein Film mit Auszügen aus Interviews mit Zeitzeug*innen, die über ihre Erfahrungen als junge Gewerkschaftsmitglieder in der Nachkriegszeit und speziell auch über ihre persönliche Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit berichteten.

Dass auch die weibliche Perspektive auf die Geschichte von Widerstand und Verfolgung unter dem Nationalsozialismus nun zunehmende Beachtung und Würdigung durch die Gewerkschaften und die mit ihnen verbundenen Stiftungen und Wissenschaftler*innen erfährt, lässt sich in jüngster Zeit an mehreren Ausstellungsprojekten und Publikationen erkennen. 2016 förderten die Hans-Böckler-Stiftung und die IG Metall die vom Studienkreis Deutscher Widerstand konzipierte Ausstellung „Nichts war vergeblich. Frauen im Widerstand gegen den Nationalsozialismus“, und 2020 zeigte die

Gedenkstätte Ravensbrück eine Ausstellung über politische Häftlinge im Frauenkonzentrationslager Ravensbrück (Fischer 2020). Von der HBS gefördert worden war bereits ein 2008 erschienener Band von Siegfried Mielke über Gewerkschafterinnen im NS-Staat (Mielke 2008).

Anlass zu einer Auseinandersetzung der Gewerkschaften mit der Geschichte des Nationalsozialismus gab es 2015 nicht nur der wegen des 70. Jahrestags des Kriegsendes, sondern auch wegen des 125. Geburtstags von Wilhelm Leuschner. In zwei öffentlichen Vorträgen beleuchtete Reiner Hoffmann den Umgang der Gewerkschaften mit der Geschichte von Widerstand, Verfolgung und Anpassung im „Dritten Reich“: bei der offiziellen Gedenkfeier zum 71. Jahrestag des 20. Juli 1944 in Berlin, wo zum ersten Mal seit Einführung der jährlichen Feier Mitte der 1950er Jahre ein DGB-Vorsitzender die Hauptrede hielt, und bei der von der Hans-Böckler-Stiftung veranstalteten Tagung „Gewerkschaften, Arbeiterbewegung und Nationalsozialismus. Verfolgung – Widerstand – Anpassung“ Anfang Dezember in Wuppertal. Aufhänger der Konferenz war der 80. Jahrestag des Beginns der Wuppertaler Gewerkschaftsprozesse, bei denen zwischen 1935 und 1937 rund 800 Angehörige von Widerstandsgruppen wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ angeklagt und verurteilt worden waren.

Der DGB-Vorsitzende blickte in seinem Wuppertaler Abendvortrag kurz auf die bisherige Auseinandersetzung seiner Organisation mit der Gewerkschaftsgeschichte unter dem Nationalsozialismus und kam dabei zu einem ausgesprochen positiven Urteil: Er „obliege bestimmt keiner Selbsttäuschung“, wenn er feststelle, „dass wohl kaum eine gesellschaftliche Großgruppe sich nach dem Ende der NS-Diktatur so selbstkritisch mit ihrer eigenen Geschichte auseinandergesetzt hat wie die deutsche Gewerkschaftsbewegung“. Als Beleg dienten ihm die beiden großen Konferenzen von 1979 in München und 1983 in Dortmund, bei denen die damaligen Vorsitzenden Vetter und Breit auf je eigene Weise für eine Auseinandersetzung „ohne Schranken und ohne Scheuklappen“ (Breit) plädiert hatten. Was in den drei Jahrzehnten zwischen der Gründung des DGB und der Münchner Konferenz vonseiten der Gewerkschaften diesbezüglich geleistet oder eben auch versäumt worden war, dies thematisierte Hoffmann in seinem Vortrag jedoch nicht.

Vielmehr beschäftigte ihn die Frage, warum es für die deutsche Gesellschaft keine Selbstverständlichkeit (mehr) sei, an den Widerstand zu erinnern:

„Liegt es möglicherweise daran, dass es die eine, gar die erfolgreiche Geschichte des Widerstandes nicht zu erzählen gibt? [...] Fehlen uns im Zeitalter der digitalen Informations- und Bilderflut die starken Bilder eines erfolgreichen Widerstandes? Ist die leise, durch Konspiration und einen totalitären Überwachungsstaat bedingte, oftmals spurenlose Arbeit des Widerstandes nicht interessant genug? [...] Oder ist die Ursache für ein mangelndes öffentliches Interesse an den Widerstand darin begründet, dass er sich nicht auf den Begriff bringen lässt?“

Falls nur diejenigen als Widerstandskämpfer verstanden würden, die für ihre Gegnerschaft zum NS-Regime ermordet worden seien, dann sei zu fragen, warum der 70. Todestag Wilhelm Leuschners ebenso wie sein 125. Geburtstag so wenig öffentliche Aufmerksamkeit und Würdigung erfahren habe (Hoffmann 2015a/b).

So berechtigt dieser Hinweis war, so sehr verharnte der DGB-Vorsitzende jedoch in einer Perspektive, zu deren Überwindung die Wuppertaler Tagung mit ihrem Fokus auf die Diversität der Widerstandsbewegung geradezu eingeladen hätte. Leuschner stehe „für viele andere weniger oder gar nicht bekannte Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter“, so Hoffmann. Auch wenn die Gewerkschaften „sicherlich nicht zur Heldenverehrung oder zum Personenkult“ neigten (fast genau so hatte es Dieter Schulte 1994 formuliert) und Leuschner sich gewiss dagegen verwehrt hätte, „als Ikone der deutschen Einheitsgewerkschaft und des gewerkschaftlichen Widerstandes gegen die nationalsozialistische Diktatur stilisiert zu werden“, so wolle er dessen vorbildliches Handeln an dieser Stelle doch noch einmal besonders würdigen. Das restliche Drittel seines Vortrags widmete Hoffmann dem Lebensweg Leuschners, dessen letzter Wunsch vor seiner Hinrichtung zugleich sein Vermächtnis gewesen sei: „Schafft mir die Einheitsgewerkschaft!“ (Hoffmann 2015 b). Wie in vielen Reden anderer DGB-Vorsitzender zuvor stand Leuschner erneut als Prototyp des gewerkschaftlichen Widerständlers im Mittelpunkt. Anders als in Wuppertal jedoch hatte Hoffmann bei seiner Rede zum Jahrestag des 20. Juli in der Gedenkstätte Plötzensee neben Leuschner nicht nur den christlichen Gewerkschafter Jakob Kaiser, sondern mit Paul Wegmann auch einen sehr viel unbekannteren Widerstandskämpfer erwähnt, der nach wiederholter und jahrelanger Haft einen Monat vor Kriegsende im KZ Bergen-Belsen gestorben war (Hoffmann 2015a).

Keine zwei Wochen vor der Wuppertaler Konferenz war anlässlich des 125. Jahrestags der Gründung der Generalkommission der freien Gewerkschaften bei einer Veranstaltung der Hans-Böckler-Stiftung und des DGB in Berlin zur Frage „Sind Gewerkschaften in der Zeitgeschichtsschreibung nur eine Randerscheinung?“ diskutiert worden. Um dem damit angesprochenen Problem einer mangelnden Aufmerksamkeit der zeithistorischen Zunft für die Gewerkschaftsgeschichte zu begegnen, hatte Hoffmann bereits 2014 den „Gesprächskreis zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte“ beim DGB gegründet, von dem er sich auch „Anregung und Unterstützung“ dahingehend versprach, „die großen aktuellen politischen Herausforderungen in ihrer historischen Dimension besser zu verstehen und für gute Lösungen zu streiten“ (Hoffmann 2015c). Einigkeit herrschte bei den Diskussionsgästen darüber, dass der DGB selbst geschichtspolitisch aktiver werden müsse. Die Zeit des Nationalsozialismus spielte bei der Diskussionsveranstaltung jedoch ebenso

wenig eine Rolle wie die Geschichte des rückblickenden Umgangs der Gewerkschaften mit dem „Dritten Reich“.

Beim Gewerkschaftstag der IG Metall in Nürnberg vom 6. bis 12. Oktober 2019, dessen zweite Hälfte unter dem Eindruck des rechtsterroristischen Anschlags auf die Synagoge von Halle stand, wurde das von Bernhard Gotto und Sebastian Voigt konzipierte Ausstellungsprojekt „Gewerkschaften im Nationalsozialismus“ präsentiert, das am Beispiel zweier Einzelbiografien ganz bewusst nicht nur den Widerstand von Gewerkschaftern gegen das NS-Regime, sondern auch Anpassungsprozesse unter dem Eindruck der sozialpolitischen Verheißungen der „Volksgemeinschaft“ thematisierte. Zahlreiche Aktionen des Gewerkschaftstags waren den Themen Rassismus, Rechtsradikalismus und Diskriminierung gewidmet, darunter vor allem das von insgesamt 20 Organisationen unterstützte Projekt „Respekt! Kein Platz für Rassismus“. Verabschiedet wurde in Nürnberg eine Resolution, in der eine Ausweitung des Bildungsangebots u. a. zu Fragen der Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit und der Erinnerung an den Holocaust gefordert und der Internationale Tag gegen Rassismus, der 21. März, ab sofort zum „festen Bestandteil des politischen Kalenders“ der IG Metall erhoben werden soll. „Erinnern“ bedeute aus Sicht der Gewerkschaft auch, so der Resolutionstext, „die Ursachen für die bis heute wirkenden und wieder erstarkenden Mechanismen rechter Ideologien zu analysieren und diesen entschieden mit vereinter Stimme entgegenzutreten“.

Dass die Internetseite des Gewerkschaftstags jedoch weder einen Hinweis auf die Ausstellung enthält, geschweige denn eine thematische Verbindung zwischen ihr und den Antirassismus-Projekten oder der Resolution herstellt, verweist darauf, dass die Auseinandersetzung der Gewerkschaften mit der NS-Vergangenheit nicht ausreichend in Bezug zur Gegenwart gesetzt wird. Unter der Überschrift „Vereint gegen Hass und Hetze“ verabschiedete der Gewerkschaftstag eine Strategie gegen Rassismus und Rechtsextremismus, aber auch darin findet sich nur ganz am Ende ein kurzer Verweis auf die NS-Vergangenheit: „Wir sehen es als Auftrag für die Gegenwart an, allen Versuchen einer Umdeutung und Verharmlosung der Geschichte entschieden entgegenzutreten und ein erneutes Erstarken faschistischer Kräfte zu verhindern“. Gleichwohl bekannte sich die in der historischen Bildungsarbeit sehr aktive IG Metall zu einem weiteren Ausbau entsprechender Angebote (IG Metall 2020).

Die Geschichte des nachträglichen Umgangs der Gewerkschaften mit der NS-Vergangenheit ist – abseits der Studie von Thomas Köcher zum DGB in den 1950er und 1960er Jahren – immer noch zu weiten Teilen unerforscht. Eine aktuelle Ausnahme bildet die jüngst veröffentlichte Arbeit von Jörn-Michael Goll über die Auseinandersetzung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) mit dem Nationalsozialismus und seinen

Nachwirkungen (Goll 2021). In dem von Detlev Brunner geleiteten Forschungsprojekt an der Universität Leipzig ging Goll der Frage nach, wie die GEW und ihre Vorläuferorganisationen das Problem personeller und ideeller Kontinuitäten innerhalb ihrer Mitgliedschaft adressierten, wann und in welcher Form innerhalb der Gewerkschaft Diskurse über den Nationalsozialismus einsetzten und wie diese auf die Bildungsarbeit der GEW ausstrahlten – ein Vorhaben, dem vergleichbare Projekte zu anderen Einzelgewerkschaften dringend folgen müssten.

Wer sich im Internet über die Geschichte der Gewerkschaften unter dem Nationalsozialismus informieren möchte, findet auf dem von der Hans-Böckler-Stiftung in Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung gemeinsam eingerichteten Portal www.gewerkschaftsgeschichte.de ein vielfältiges Angebot an Überblickstexten, Quellen und Abbildungen. Gleiches gilt für die sehr informationsgesättigten und gut strukturierten Websites des DGB (www.dgb.de/uber-uns/bewegte-zeiten/geschichte-des-dgb), der IG Metall (www.igmetall.de/ueber-uns/geschichte) sowie insbesondere von ver.di (www.verdi.de/ueber-uns/idee-tradition), deren Angebot durch eine besonders große Zahl von historischen Quellen hervorsteht. Zu den Ereignissen des 2. Mai, zum Widerstand und zur Verfolgung von Gewerkschafter*innen ebenso wie zur Geschichte der Organisationen seit 1949 finden sich auf diesen Seiten zwar vielfältige Informationen, die Frage des rückblickenden Umgangs der Gewerkschaften mit der Zeit von 1933 bis 1945 wird jedoch auf keinem der Portale behandelt. Das mag teils an der immer noch mangelnden zeithistorischen Erforschung dieser Facette der gewerkschaftlichen Nachgeschichte des „Dritten Reiches“ liegen, unterstreicht aber zugleich die Beobachtung, dass jene zur selbstkritischen Rückschau herausfordernde „Metaebene“ bis heute im Geschichtsbewusstsein der Gewerkschaften keinen Platz gefunden hat – und dies in einer Zeit, in der eine Vielzahl von Ministerien, Behörden, Organisationen und Unternehmen es längst als eine nicht nur kaum umgehbare Aufgabe, sondern letztlich auch imagefördernde Selbstverständlichkeit betrachten, den Umgang mit der eigenen NS-Vergangenheit nach 1945 zu thematisieren und auch erforschen zu lassen.

Fazit und Ausblick

Die Auseinandersetzung der Gewerkschaften mit der NS-Vergangenheit seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs verlief in den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik weitgehend entlang allgemein beobachtbarer Konjunkturen und Narrative und dabei insbesondere sehr ähnlich zu derjenigen der SPD – was aufgrund der über viele Jahrzehnte großen erfahrungsgeschichtlichen, ideellen und personellen Nähe zur Sozialdemokratie nicht erstaunt. Die

Etablierung schlagkräftiger, innerlich geschlossener und breitenwirksamer Einheitsgewerkschaften erforderte auch mit Blick auf die noch nicht weit zurückliegende Zeit des „Dritten Reiches“ mit all ihren personellen, materiellen und mentalen Folgeerscheinungen auf die westdeutsche Gesellschaft eine möglichst konsensfähige und konfliktfreie Thematisierung der NS-Vergangenheit, mit der man Rücksicht auf die Entlastungsbedürfnisse einer breiten Mehrheit nahm.

Die damit verbundene Selbsteingemeindung der gewerkschaftlichen Erfahrungen mit Widerstand und Verfolgung in ein um den 20. Juli 1944 kreisendes lagerübergreifendes Widerstandgedächtnis führte zu einer Marginalisierung des Widerstands aus der Arbeiterbewegung, verstärkt noch durch den vorherrschenden Antikommunismus und Antitotalitarismus. Nachdem auch „Achtundsechzig“ und die Debatte um die Notstandsgesetze kein merklich wachsendes öffentliches Interesse an der Erfahrungsgeschichte von Widerstand und Verfolgung hervorgebracht hatten, kam es erst seit dem Ende der 1970er Jahre – befördert durch Herausforderungen von links und rechts – zu einem fast eruptiven Schub in der Auseinandersetzung der Gewerkschaften mit der NS-Vergangenheit. Herausgefordert auch durch neue Forschungsergebnisse, kam eine durchaus selbstkritische Debatte in Gang, in der so offen wie nie zuvor auch über Ambivalenzen und Versäumnisse im Verhalten der Gewerkschaften am Ende der Weimarer Republik und in den Monaten nach der nationalsozialistischen Machtübernahme diskutiert wurde. Zugleich gelangten die inzwischen gealterten Überlebenden gewerkschaftlicher Widerstandsgruppen zu später Anerkennung und engagierten sich als Zeitzeug*innen in der historisch-politischen Bildung.

Seit dem Boom der Arbeiterbewegungs- und Alltagsgeschichte in den 1980er Jahren hat die historische Forschung zahlreiche neue Erkenntnisse zur Gesellschaftsgeschichte des Nationalsozialismus erbracht und dabei nicht nur die aus Gewerkschaftssicht zuvor kaum beachteten Jahre zwischen ihrer Zerschlagung und dem Attentat des 20. Juli in den Blick genommen, sondern auch die vielfältigen Grauzonen zwischen Widerstand und Anpassung in den Reihen der Gewerkschafter*innen beleuchtet. Obgleich die Gewerkschaften im Verbund mit der Hans-Böckler-Stiftung eine Vielzahl dieser Forschungsprojekte gefördert, mit wissenschaftlichen Konferenzen begleitet und in Publikationen aufgegriffen haben, bleibt die vorrangig zu besonderen Jahrestagen wahrnehmbare öffentliche Kommunikation des DGB und seiner Einzelgewerkschaften zum Gedenken an die Erfahrungen unter dem Nationalsozialismus dennoch häufig einem selektiven Blick auf den 2. Mai 1933 und den 20. Juli 1944 verhaftet.

Diese bereits eingangs konstatierte Fixierung des gewerkschaftlichen Gedächtnisses auf die Anfangs- und Endphase des „Dritten Reiches“, meist verbunden mit der – wenngleich durchaus berechtigten – Klage über ein

mangelndes öffentliches Interesse an der Geschichte von Widerstand und Verfolgung von Gewerkschafter*innen in der NS-Zeit, erweist sich seit etwa drei Jahrzehnten als äußerst beständig. Und auch auf der „Metaebene“ der Auseinandersetzung ist wenig Dynamik zu beobachten: Ein selbstkritischer Rückblick auf die Versäumnisse der ersten Nachkriegsdekaden – die von den Gewerkschaften mit beförderte Marginalisierung der Widerstands aus der Arbeiterbewegung ebenso wie die Scheu vor einer Auseinandersetzung mit ambivalenten Lebensläufen im gewerkschaftlichen Milieu – ist bis heute nur sehr selten in Gedenkreden und anderen öffentlichen Stellungnahmen der Gewerkschaften zu finden.

Vieles spricht dafür, dieses in gewisser Weise verkrustete Narrativ aufzubrechen und den Blick des öffentlich kommunizierten Gedächtnisses der Gewerkschaften an die Zeit des Nationalsozialismus mehr als bisher auf die Jahre zwischen dem Frühjahr 1933 und dem Sommer 1944 und damit zugleich auf die facettenreiche Gesellschafts- und Erfahrungsgeschichte von Gewerkschafter*innen zwischen Widerstand, Verfolgung und Anpassung zu weiten.

Wenn es das Ziel gewerkschaftlicher Erinnerungsarbeit sein soll, bei ihren Mitgliedern und über deren Kreis hinaus Interesse an der Geschichte der NS-Zeit und ihren kurz- und langfristigen Folgen für die Arbeiterbewegung zu wecken, diese als erinnerungs- und reflexionswürdig im Geschichtsbewusstsein zu verankern und damit auch zur Identitätsbildung innerhalb der Organisationen beizutragen, dann muss diese Erinnerungsarbeit den Rezipient*innen mehr Anknüpfungspunkte an ihre Gegenwart bieten – und dies ließe sich über die Erfahrungsgeschichte kleiner, unbekannter Widerstandsgruppen ebenso wie über Brüche und Ambivalenzen in Lebenswegen von Gewerkschafter*innen im „Dritten Reich“ vielleicht eher erreichen als mit einem verengten Blick auf wenige herausragende Daten und Personen. Unabdingbar für diese notwendige „Anknüpfung“ der Geschichts- und Erinnerungsarbeit an die heutige Lebenswirklichkeit ist es außerdem, die Geschichten von Widerstand, Verfolgung und Anpassung vor über 75 Jahren deutlicher in Beziehung zu jenen Gefährdungen der Demokratie zu setzen (nicht gleichzusetzen!), die aktuell vom Rechtspopulismus und Rechtsradikalismus ausgehen.

Literatur

- Berger, Stefan (2013): Tagungsbericht, H-Soz-Kult, 13.4.2013, www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-4756 (Abruf am 28.5.2021).
- Bludau, Kuno (1973): Gestapo – geheim! Widerstand und Verfolgung in Duisburg 1933-1945. Bonn-Bad Godesberg: Neue Gesellschaft.
- Borsdorf, Ulrich/Deppe, Frank/Schneider, Michael/Weber, Hermann (1983): Fehler, Versagen, Schuld? Ein Streitgespräch über die Rolle von SPD, KPD und Gewerkschaften am Ende der Weimarer Republik zwischen Ulrich Borsdorf, Frank Deppe, Michael Schneider und Hermann Weber. In: Gewerkschaftlichen Monatshefte 4, S. 285-304.
- Breit, Ernst (1983): Der DGB stellt sich der Geschichte. In: Gewerkschaftlichen Monatshefte 4, S. 193-202.
- Breit, Ernst (Hrsg.) (1984): Aufstieg des Nationalsozialismus, Untergang der Republik, Zerschlagung der Gewerkschaften. Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung zwischen Demokratie und Diktatur. Köln: Bund.
- Brunner, Detlev (1992): Bürokratie und Politik des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes 1918/19 bis 1933. Köln: Bund-Verlag.
- Deppe, Frank (1977): Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Köln: Pahl-Rugenstein.
- Deppe, Frank (1979): Zur Diskussion um die Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung. In: Gewerkschaftlichen Monatshefte 8, S. 496-508.
- DGB (2020a): Themenseite zum 8. Mai 2020, www.dgb.de/schwerpunkt/8-mai-tag-der-befreiung (Abruf 3.5.2021).
- DGB/Archiv der sozialen Demokratie (Hrsg.) (2020): In die Illegalität gedrängt. Zur Flucht gezwungen. Ermordet. Schicksale ermordeter Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter. In: Beiträge aus dem Archiv der sozialen Demokratie 9.
- DGB-Landesbezirksvorstand Niedersachsen (Hrsg.) (1958): Sonderheft: „Millionen für Mörder“, Juli 1958.
- DGB-Bundesvorstand/IG Metall FB Gesellschaftspolitik (Hrsg.) (2005): 8. Mai 1945 – Erinnern, Gedenken, politisch Handeln. Eine Arbeitshilfe zum 8. Mai. Berlin: IG-Metall.
- Fischer, Henning (Hrsg.) (2020): Frauen im Widerstand. Deutsche politische Häftlinge im Frauen-KZ Ravensbrück, Geschichte und Nachgeschichte. Berlin: Metropol.
- Frei, Norbert (1996/1999): Vergangenheitspolitik - Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit. München: C.H. Beck Verlag.
- Goll, Jörn-Michael (2021): Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und das NS-Erbe. Weinheim: Beltz.

- Gorr, Holger (2016) : Die Diskussion in der IG Metall über Schuld und Verantwortung in den Nachkriegsjahren. In: Boebel, Chaja / Müller, Stefan / Obermayr, Ulrike (Hrsg.): Vom Erinnern an den Anfang. 70 Jahre Befreiung vom Nationalsozialismus – Was hat die IG Metall daraus gelernt?. Darmstadt: Büchner.
- Hans-Böckler-Stiftung (2013): 2. Mai 1933 – Zerschlagung der Gewerkschaften, www.youtube.com/watch?v=iCOjp8OuoMU (Abruf am 3.7.2020).
- Hoffmann, Reiner (2015a): „Schafft die Einheit!“.
Ansprache des Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes Reiner Hoffmann am 20. Juli 2015 in der Gedenkstätte Plötzensee, Berlin, www.stiftung-20-juli-1944.de/reden/schafft-die-einheit-reiner-hoffmann-20072015 (Abruf am 1.2.2021).
- Hoffmann, Reiner (2015b): Erinnerungspolitik und Nationalsozialismus aus Sicht der Gewerkschaften. Abendvortrag im Rahmen der Konferenz „Gewerkschaften, Arbeiterbewegung und Nationalsozialismus. Verfolgung – Widerstand – Anpassung“ der Hans-Böckler-Stiftung in Wuppertal, 4.12.2015 (Manuskript im Besitz der Verfasserin).
- Hoffmann, Reiner (2015c): Grußwort zur Diskussionsveranstaltung „Sind Gewerkschaften in der Zeitgeschichtsschreibung nur eine Randerscheinung?“ anlässlich des 125. Gründungsjubiläums der Generalkommission der freien Gewerkschaften. Berlin, 25.11.2015.
- IG BCE (2013): Stimmen zur Zerschlagung der Gewerkschaften im Jahr 1933, www.youtube.com/watch?v=PhbCyyxCXtY (Abruf am 28.5.2021).
- IG Metall Berlin-Brandenburg-Sachsen (Hrsg.) (2013): Video-Projekt zu Gewerkschafter*innen im KZ Sachsenhausen, www.youtube.com/watch?v=CMGLxJUkT7g&list=PLxw8qb0ykCqeR-2yA-9qyvhwz94VYTIN (Abruf am 28.5.2021).
- IG Metall (2015): Zeitzeugenprojekt „Vom Erinnern an den Anfang“, www.youtube.com/watch?v=P0q1oTdbshA (Abruf am 28.5.2021).
- IG Metall (2020): Vereint gegen Hass und Hetze. Strategie zum Umgang mit Rechtspopulisten, www.igmetall.de/gewerkschaftstag-2019/vereint-gegen-hass-und-hetze (Abruf am 28.5.2021).
- Klotzbach, Kurz (1969): Gegen den Nationalsozialismus. Widerstand und Verfolgung in Dortmund. Hannover: Verlag für Literatur und Zeitgeschehen.
- Köcher, Thomas (2004): „Aus der Vergangenheit lernen – für die Zukunft arbeiten!“? Die Auseinandersetzung des DGB mit dem Nationalsozialismus in den 50er und 60er Jahren. Münster: Westfälisches Dampfboot.

- Leminski, Gerhard (1979): Erste wissenschaftliche Konferenz des DGB zur Geschichte der Gewerkschaften. In: Gewerkschaftlichen Monatshefte 12, S. 784-788.
- Linne, Karsten (1990): Walter Pahl – Eine Gewerkschafter-Karriere. In: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts, Band 5, H. 3, S. 39-55.
- Lücke, Martin/Pougin, Dieter (Hrsg.) (2013): Zerschlagung der Gewerkschaften 1933 – Zerstörte Vielfalt. Gewerkschaftshistorischer Stadtführer durch Berlin. Berlin: DGB.
- Meyer, Kristina (2015): Die SPD und die NS-Vergangenheit 1945-1990. Göttingen: Wallstein.
- Mielke, Siegfried (Hrsg.) (2002-2013): Gewerkschafter in den Konzentrationslagern Oranienburg und Sachsenhausen. Biographisches Handbuch, Bd. 1–4. Berlin: Metropol.
- Mielke, Siegfried (Hrsg.) (2008): Gewerkschafterinnen im NS-Staat. Verfolgung, Widerstand, Emigration. Essen: Klartext.
- Milert, Werner/Tschirbs, Rudolf (Hrsg.) (2013): Zerschlagung der Mitbestimmung 1933. Das Ende der ersten deutschen Betriebsdemokratie Katalog. Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung.
- Peukert, Detlev (1984). In: Breit, S. 223.
- Potthoff, Heinrich (1995): Die Auseinandersetzung der SPD und der Gewerkschaften mit dem NS-System und dem Holocaust. In: Bergmann, Werner/Erb, Rainer/Lichtblau, Albert (Hrsg.): Schwieriges Erbe. Der Umgang mit Nationalsozialismus und Antisemitismus in Österreich, der DDR und der Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt am Main: Campus, S. 120-137.
- Schneider, Dieter (Hrsg.) (1988): Sie waren die Ersten. Frauen in der Arbeiterbewegung. Frankfurt am Main: Campus.
- Scholz, Dieter (2003): 1. Mai 1933 – 1. Mai 2003, <https://berlin-brandenburg.dgb.de/themen/++co++f5b35528-c59f-11e0-775b-00188b4dc422> (Abruf am 28.5.2021).
- Schönhoven, Klaus (2002): Die Gewerkschaften in der Zeit des Nationalsozialismus. In: Gewerkschaftlichen Monatshefte 2, S. 8-15.
- Schulte, Dieter (1994): Gewerkschafter im Widerstand gegen Hitler. In: Gewerkschaftlichen Monatshefte 10, S. 620-624.
- Steinberg, Hans-Josef (1969): Widerstand und Verfolgung in Essen. Hannover: Verlag für Literatur und Zeitgeschehen.
- Vetter, Heinz O. (Hrsg.) (1980): Aus der Geschichte lernen – die Zukunft gestalten. Dreißig Jahre DGB. Protokoll der wissenschaftlichen Konferenz zur Geschichte der Gewerkschaften vom 12. und 13. Oktober 1979 in München. Köln: Bund-Verlag.